

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

November 2024

Detlev-Rohwedder-Haus magazin

Im Detlev-
Rohwedder-Haus
wurde Geschichte
geschrieben



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Besoldung	
Besoldungsanpassung	4
Offener Brief	5
Lebensarbeitszeit	
dbb Appell ans Abgeordnetenhaus	7
Personalratswahlen	
dbb Liste wählen	8
dbb berlin erreicht verbesserte Freistellungsregelungen	8
Zusammenspiel der Stufenvertretungen	9
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
75 Jahre DSTG Berlin	10
Ratgeber	
BEAMTEN BASICS	11
Titelgeschichte	
Das Detlev-Rohwedder-Haus	12
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Letzte Seite	
Berliner Schulen ausgezeichnet	16
Messerangriffe nehmen kein Ende	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der vergangene Monat stand für die Berliner Beamtinnen und Beamten unter keinem guten Stern. In der Senatsvorlage des Besoldungsgesetzes wurden nach Beratungen im Koalitionsausschuss die Anpassungsschritte an die Bundesbesoldung gestrichen. Und fast gleichzeitig hat der Senat die Anhebung der Lebensarbeitszeit für denselben Personenkreis beschlossen. Der dbb berlin hat gegen diese Fehlentscheidungen energisch protestiert und damit auch in Politik und Medien ein beachtliches Echo gefunden. Entscheidend wird jetzt das Votum des Abgeordnetenhauses sein. Der dbb berlin wird deshalb alles daransetzen, jeden einzelnen Parlamentarier von der zwingenden Notwendigkeit der Angleichung zu überzeugen, soll der Landesdienst infolge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit nicht vollends ausbluten.

Eine gute Nachricht gab es im Oktober aber auch: Der dbb berlin konnte verbesserte Freistellungsregelungen für Personalräte erreichen. Im Vorgriff auf die Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes können auch die derzeit neu gewählten Personalräte bereits ab einer Beschäftigtenzahl von 200 freigestellt werden. Natürlich hoffen wir, dass viele Kandidaten auf der dbb Liste „Gemeinsam für Berlin“ zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dieser Regelung profitieren werden.

Vorgestellt wird in diesem Heft auch die Ratgeberreihe BEAMTENBASICS des DBB Verlags, der auch fünf dieser Ratgeber für das November-Preisrätsel zur Verfügung gestellt hat.

Die Titelgeschichte ist in diesem Heft einem Berliner Gebäude gewidmet, in dem wiederholt Gegenwartsgeschichte geschrieben wurde, nämlich dem Bau an der Ecke Leipziger-/Wilhelmstraße, der heute das Bundesfinanzministerium beherbergt.

Zum Schluss noch meine dringende Bitte: Stimmen Sie bei den Personalratswahlen für Kompetenz und Erfahrung – stimmen Sie für den dbb berlin und seine Mitgliedsgewerkschaften!

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Bundesministerium der Finanzen/Photothek

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Beamte sind keine koalitionspolitische Manövriermasse!

Noch bis zum 1. Oktober dieses Jahres schien eigentlich sicher, dass das Land Berlin – zumindest schrittweise – den Personalabwanderungen aus dem ohnehin unterbesetzten Landesdienst endlich einen wirksamen Riegel vorschieben will.

Finanzsenator Stefan Evers hatte – wie versprochen – noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzentwurf vorgelegt, der neben der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auch zwei Anpassungsschritte an die Bundesbesoldung vorsah. Auch bei der Personalrätekonferenz des dbb berlin Mitte September hatte Evers noch betont: „Das Haushaltsloch kann nicht über die Personalausgaben beseitigt werden.“ Was allerdings dann auf Empfehlung des Koalitionsausschusses am 1. Oktober vom Senat beschlossen wurde, dürfte auch ihn nicht erfreut haben. Koalitionspartner SPD hatte den Gesetzentwurf nämlich kurzerhand zur Durchsetzung eigener Interessen missbraucht, die allerdings sehr viel weniger zum Nutzen der Stadt als zum Aufpolieren des eigenen Images geeignet sein dürften.

Gesamtpaket stand zur Disposition

Offenbar wegen Drohungen aus der SPD-Fraktion, das gesamte Besoldungspaket platzen zu lassen, wurden die beabsichtigten Angleichungsschritte an die Bundesbesoldung in der Senatsvorlage an das Abgeordnetenhaus ersatzlos gestrichen.

Energische dbb Proteste

Dem ersten Entsetzen über eine derartige politische Fehlentscheidung folgte beim dbb berlin Wut und Empörung über die Degradierung berechtigter Beamtenanliegen zur koalitionspolitischen Manövriermasse. Und als ob das nicht schon demotivierend und herabsetzend genug für die Betroffenen wäre, ging ungefähr zeitgleich mit der verschlechterten Besoldungsvorlage ein Gesetzentwurf zur Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit für Beamte beim dbb berlin ein.

Offene Briefe an SPD und CDU

dbb Landeschef Frank Becker reagierte sofort und blieb den Verantwortlichen keine Antwort auf ihre unsäglichen Entscheidungen schuldig. In einem offenen Brief ließ er SPD-Fraktionschef Saleh und die SPD-Landesvorsitzenden wissen, welchen Bärenienst die Fraktion der Bevölkerung mit einer kaputtgesparten Verwaltung erweist. Von der SPD erwartet Becker deshalb jetzt konkrete Antworten, wie sie glaubt, den dringend benötigten Nachwuchs gewinnen zu können,

wie sie Bürger und Wirtschaft über immer längere Bearbeitungszeiten aufklären will und warum sie sogar die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bei der Beamtenbesoldung missachtet. Von der CDU-Fraktion, die letztlich dem Kompromiss zugestimmt hat, verlangte Becker Auskunft darüber, ob sie weiterhin zur Anpassung der Berliner Besoldung an die Bundesbesoldung steht. Und dem Senat und den Regierungsfraktionen insgesamt empfahl der empörte dbb Landeschef dringendst ein professionelles Coaching in Sachen Mitarbeitermotivation. Hintergrund dafür ist der Schnellschuss in Sachen Arbeitszeitverlängerung, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem den Berliner Beamten erneut ein heftiger Rückschlag in Sachen Besoldungsgerechtigkeit beschert wird.

Schnelle Reaktion der CDU-Fraktion

Eine schnelle Reaktion gab es mittlerweile von CDU-Fraktionschef Dirk Stettner, wonach die CDU am Ziel der Besoldungsangleichung festhält. Das ist erfreulich, aber es war ja auch gar nicht die CDU, die meinte, ein Machtspielchen ausgerechnet mit der Beamtenbesoldung anzetteln zu müssen. Auf eine Stellungnahme und schlüssige Antworten auf seine Fragen durch die Berliner SPD wartet der dbb berlin dagegen bislang vergeblich. So richtig verwunderlich ist das allerdings nicht, denn eine vernünftige Erklärung für ihre destruktive Beamtenpolitik dürfte der Fraktion mehr als schwerfallen.

Breites Presseecho

Auch in der Berliner Presse fanden die Warnungen des dbb berlin vor den verheerenden Folgen der Besoldungsentscheidung des Koalitionsausschusses ein breites Echo. In einer Pressemeldung hatte der dbb berlin unter anderem fortlaufende Fehlschläge bei der Nachwuchsgewinnung, Überlastung und Demotivation der Bestandskräfte, verschlechterte Serviceangebote für die Bürger und schließlich deren verständlichen Unmut darüber prognostiziert. Und das alles hausgemacht! Nachzulesen war die dbb Kritik unter anderem in den Berliner Tageszeitungen Morgenpost, Tagesspiegel und BZ. Auch der rbb zitierte dbb Chef Frank Becker in einem Hörfunkbeitrag wörtlich mit: „Die Beamtinnen und Beamten sind stinksauer über die Fehlentscheidung des Senats, die aufgrund der Initiative der SPD getroffen wurde.“ ■



Offener Brief

Per Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de,
raed.saleh@spd.parlament-berlin.de, berlin@spd.de,
landesvorsitzende.berlin@spd.de,

An den Fraktionsvorsitzenden der SPD Fraktion
im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh

An die Landesvorsitzenden der SPD Berlin,
Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

Alt-Moabit 96 a
10559 Berlin

Telefon: 030 32 79 52-0
Telefax: 030 32 79 52-20
www.dbb.berlin
post@dbb.berlin

Berlin, 6. Oktober 2024

Verhinderte Besoldungsangleichung

Sehr geehrte Frau Böcker-Giannini, sehr geehrter Herr Hikel,
sehr geehrter Herr Saleh,

mit Entsetzen haben wir aus der Presse erfahren müssen, dass die Berliner SPD bei der Beratung der Beamtenbesoldung im Koalitionsausschuss eine Fehlentscheidung provoziert hat, deren Folgen für die Betroffenen schmerzlich und für die ganze Stadt verhängnisvoll wären.

Gerade Ihnen als politische Verantwortungsträger müsste doch in besonderem Maße daran gelegen sein, dass politische Entscheidungen durch die Exekutive zuverlässig umgesetzt werden können. In Berlin steht die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung schon längst auf der Kippe - in den Jugendämtern und bei der Einnahmeverwaltung ebenso wie an den Schulen, bei der Polizei, den Baubehörden oder auch bei der Feuerwehr. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Der drastische Personalmangel im Landesdienst und die akuten Probleme bei der Nachwuchsgewinnung lassen sich nicht in erster Linie mit der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt begründen, sondern sind das traurige Resultat einer jahrzehntelangen Sparpolitik am öffentlichen Dienst, an der Ihre Partei nach Kräften mitgewirkt hat und die dem Berliner Landesdienst trotz seiner vielen interessanten Beschäftigungsbereiche fast vollständig die Wettbewerbsfähigkeit geraubt hat.

Vor dieser Tatsache, die sich mit zahllosen Abwanderungen zum Bund, ins nahe Brandenburg in die private Wirtschaft aber auch mit dem offenkundigen Desinteresse der Bewerber wegen unzureichender monetären Konditionen belegen lässt, ist die schnellstmögliche Angleichung an die Bundesbezahlung das Gebot der Stunde, um wenigstens einem der Hauptkonkurrenten noch das Wasser reichen zu können.

Der Referentenentwurf zur Besoldungsanpassung hatte dem – mit Rücksicht auf die Haushaltsituation allerdings in gestreckter Form – durch schrittweise Anpassung an die Bundesbesoldung Rechnung tragen wollen, eine überfällige Maßnahme, die unbegreiflicherweise von Ihrer Partei im Koalitionsausschuss abgeblockt worden ist.

- 2 -



QR-Code:
Scannen Sie diesen Code mit Ihrem Smartphone,
um auf unsere Website zu gelangen.

- 2 -

Mit verheerenden Konsequenzen: Denn eine weitere Verschärfung des Personalmangels aufgrund Ihrer Initiative wäre auch ein wahrer Bärendienst an der Berliner Bevölkerung, die schon jetzt über lange Wartezeiten bei Behörden klagt, um ihre Sicherheit in der Stadt fürchtet und das Vertrauen in die Politik zunehmend verliert.

Das Vertrauen verloren haben schon lange die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin, die in der Vergangenheit dermaßen zu Sparopfern herangezogen wurden (Gehaltskürzungen, Streichung "Urlaubsgeld", Kürzung des "Weihnachtsgeldes"), dass ihre Besoldung in weiten Teilen schon seit Jahren nicht mehr den grundgesetzlichen Vorgaben entspricht.

Für den dbb berlin ist völlig unbegreiflich, warum Ihre Partei – offenbar unter Androhung, auch die Anpassung der Beamtenbezüge an die Tariferhöhungen platzen zu lassen – eine Initiative im Koalitionsausschuss durchgepeitscht hat, die vorhersehbar akuten Personalnotstand und damit einhergehend Verärgerung, Frust und Stagnation, Demotivation und Vertrauensverlust schafft.

Umso wichtiger ist es uns, die Beamtinnen und Beamten in unseren Medien darüber zu informieren, wie Sie glauben, den dringend benötigten Nachwuchs gewinnen zu können, wie Sie die Bürger und auch die Wirtschaft über immer längere Bearbeitungszeiten aufklären wollen und warum Sie sogar die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bei der Beamtenbesoldung missachten.

Für eine kurzfristige Rückmeldung wären wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Becker
Landesvorsitzender

Altersgrenzen

dbb berlin appelliert an die Fraktionen im Abgeordnetenhaus

Nachdem seine Einwände gegen die Anhebung der Altersgrenze für die Landesbeamten auf 67 Jahre bei Finanzsenator Stefan Evers auf taube Ohren gestoßen sind, hat der dbb an die Parlamentarier appelliert, dieser Regelung nicht zuzustimmen.

Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite lautet konkret die Forderung des dbb berlin. Denn angesichts der vielen monetären Zumutungen, die das Land Berlin seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon beschert hat, kommt ein Gesetzentwurf zur Arbeitszeitverlängerung absolut zur Unzeit. Die Beamtinnen und Beamten erwarten, zunächst einmal amtsangemessen alimentiert und an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt zu werden.

„Hier gilt es, die Beschäftigungsbedingungen insgesamt zu betrachten und nicht – wie mit Scheuklappen – lediglich einen Ländervergleich zur Lebens-

arbeitszeit heranzuziehen“, kritisiert dbb Landeschef Becker. „Und die Beschäftigungsbedingungen, die auch das entscheidende Maß bei der Nachwuchswerbung sind, sehen in Berlin alles andere als rosig aus.“

Nicht nur in der Besoldung gebe es erhebliche Defizite, selbst bei den Themen Gewaltprävention oder Verbeamtung träten immer wieder Hindernisse auf, von der Digitalisierung ganz zu schweigen.

„Insofern wäre der Senat sehr gut beraten, bei seinen beamtenrechtlichen Gesetzesinitiativen auch über den Tellerrand zu schauen“, empfahl Becker abschließend. ■

Tarifforderungen beschlossen

dbb berlin: Erhöhung von Schicht- und Wechselschichtzulagen ist überfällig

Am 9. Oktober hat der dbb bund seine Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde für die Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen beschlossen. In Berlin sind davon neben den Angehörigen der Bundesbehörden die Arbeitnehmer der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) sowie teilweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Charité der Berliner Wasserbetriebe (TVV) betroffen.

Kernforderung des dbb, über die am 24. Januar 2025 in Potsdam das erste Mal verhandelt werden wird, ist eine Steigerung der Einkommen um 8 Prozent, mindestens jedoch um 350 Euro. Weitere Komponenten, wie attraktive und flexible Arbeitsbedingungen, sollen den öffentlichen Dienst zusätzlich wieder wettbewerbsfähig bei der Nachwuchsgewinnung machen.

Dazu der stellvertretende Landesvorsitzende dbb berlin, Torsten Jaehne, nach der Sitzung der dbb Tarifkommission: „Besonders wichtig und längst überfällig ist die Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulagen. Denn die davon betroffenen Kolleginnen und Kol-

legen sind in besonderem Maße gebeutelt. Auch die Erhöhung der Überstundenzuschläge und die Ausweitung der Zeitzuschläge am Sonnabend beziehungsweise ganztags am 24. und 31. Dezember, wären eine Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen.“

Positiv wertet Jaehne, der sich von positiven Ergebnissen der bevorstehenden Einkommensrunde auch Rückenwind für die im nächsten Jahr anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder verspricht, auch die Forderung nach Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen können: „Um die Überlastung etwas zu reduzieren, ist ein Umdenken nötig. Darüber hinaus sind Langzeitarbeitszeitkonten, die die Betroffenen selbst verwalten können, ein guter Anreiz, um jüngere Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen.“

Gefordert werden außerdem drei zusätzliche freie Tage sowie die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes. ■

dbb Liste wählen

Gemeinsam für Berlin!

Die Personalratswahlen im Land Berlin sind angelaufen. Nicht vergessen: Die Mitglieder des dbb berlin kandidieren auf der Liste „Gemeinsam für Berlin“. Bewusst betont wird mit diesem Motto der bewährt konstruktive, verantwortungsbewusste und realitätsbezogene Ansatz, mit dem Personalräte des dbb berlin anstehende Probleme angehen. „Gemeinsam für Berlin“ bedeutet in diesen für den ausgebluteten Landesdienst extrem schwierigen Zeiten aber auch, dass die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ohne eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und Beamten in Berlin auf der Kippe steht – sehr zum Schaden von ganz Berlin!

Die dbb Initiative zielt deshalb darauf ab, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Rechte der Beschäftigten zu stärken, damit Personalmangel nicht länger Sicherheit und Daseinsvorsorge in unserer Stadt gefährdet.

Durch gemeinsame Aktionen – auch mit den Beschäftigten selbst –, Veranstaltungen und Kampagnen wollen die dbb Kandidaten eine starke Stimme für die Beschäftigten im Hauptpersonalrat, den Gesamtpersonalräten und den örtlichen Personalräten sein sowie mit ihren Forderungen und Vorschlägen dafür sorgen, dass die wichtigen Themen wie fairen Löhne, gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung endlich einer wettbewerbstaughlichen Lösung zugeführt werden.

Es geht entschieden darum, gemeinsam für eine bessere Zukunft in der Hauptstadt zu kämpfen. Deshalb: Unterstützen Sie die dbb Ziele und setzen Sie bei den richtungsweisenden Wahlen im November Ihr Kreuzchen an die richtige Stelle, nämlich bei der Liste dbb berlin – Gemeinsam für Berlin.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat verfügen ausnahmslos über Kompetenz und Durchsetzungskraft. Sie wissen – auch dank der sachlichen Unterstützung des dbb berlin – sehr genau, wo der Schuh drückt und wie wirksame Abhilfe aussehen muss.

Dank intensiver Schulungen sind dbb Personalratsmitglieder selbstverständlich bestens mit dem Mitbestimmungsrecht vertraut und immer auf dem aktuellen Stand der einschlägigen Rechtsprechung. ■

dbb erreicht verbesserte Freistellungsregelung

Die erste volle Freistellung für Personalräte wird es – vom dbb berlin gefordert – in Dienststellen ab 200 Beschäftigten geben.

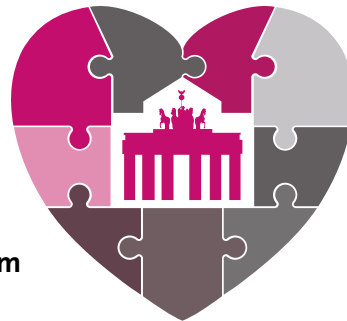
Im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung des PersVG durch die Senatsverwaltung für Finanzen ist das nach Angaben von Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki bereits vorgesehen. Da die rechtliche Umsetzung dieser Erweiterung noch erarbeitet und in das Gesetzgebungsverfahren einfließen muss, will Schyrocki auch dem Wunsch des dbb berlin folgen, und im Vorgriff auf die gesetzliche Regelung eine Empfehlung an die Dienststellen herausgeben, im Sinne der Neuregelung bereits nach den diesjährigen Personalratswahlen zu verfahren. Schyrocki bekräftigte in seiner Antwort auf ein entsprechendes Schreiben des dbb berlin die Bedeutung guter, arbeitsfähiger Personalräte, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden strukturellen und personellen Herausforderungen, und

führte wörtlich aus: „Um die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Personalräte zu sichern, kann ich Ihnen zudem anbieten, nach der Wahl die Dienststellen durch ein Schreiben über die beabsichtigte Änderung zu informieren und um Unterstützung zu bitten.“

Dabei soll auch darauf hingewiesen werden, dass bis zu einer gesetzlichen Normierung bei Bedarf – wie bisher – auf § 43 Abs. 2 Satz 1 PersVG zurückgegriffen werden kann, der die Möglichkeit zu bedarfsgerechten Freistellungen enthält. Schon bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz des dbb berlin am 18. September 2024 hatte die Abteilungsleiterin der Abteilung IV der Senatsverwaltung für Finanzen, Ellen Cavdarci, bestätigt, dass die Forderung des dbb berlin nach einer vollen Freistellung in der Freistellungsstaffel ab 200 Beschäftigte in den Gesetzentwurf der Senatsverwaltung für Finanzen aufgenommen werden soll. ■

Wie funktioniert eigentlich das Zusammenspiel der Stufenvertretungen?

Zwischen Hauptpersonalrat (HPR), Gesamtpersonalrat (GPR) und Örtlichem Personalrat (ÖPR) gibt es keine Hierarchie, vielmehr haben alle Vertretungen ihre eigenen Zuständigkeiten und eigene dienstliche Ansprechpartner. Die Verbindung zwischen den Stufenvertretungen ist der dbb berlin beziehungsweise seine Fachgewerkschaften, die durch ihre Mitglieder in allen drei Gremien vertreten sind. Diese sorgen unter anderem durch spezielle Fortbildungsangebote für das notwendige Know-how und Hintergrundwissen und stellen den Informationsfluss zwischen den verschiedenen Gremien sicher.



**GEMEINSAM
FÜR BERLIN**
www.dbb.berlin

Und so sehen die Zuständigkeiten aus:

HPR	GPR	ÖPR
Angliederung an SenFin als für alle Beamten und Tarifbeschäftigten im Land zuständige Behörde	Angliederung an die fachlich zuständige Senatsverwaltung (Dienstherr für alle Beschäftigten des Fachbereichs)	Angliederung an die einzelne Behörde
Mindestens zwei eigenständige Verwaltungsbereiche sind betroffen, zum Beispiel Regelungen, die sowohl den Fachbereich als auch eine Behörde betreffen	Mindestens zwei Behörden sind von einer Maßnahme betroffen	Nur die jeweilige Behörde ist betroffen, zum Beispiel Beurteilungen, Arbeitsschutz, Stellenplan und so weiter
Praktische Beispiele für die Zuständigkeiten		
Fortbildungsprogramm der VAK	Fortbildungsprogramm der Senatsverwaltung	Teilnahme an Fortbildungen
Rahmendienstvereinbarung Telearbeit	DV Arbeitszeit, DV IT, zum Beispiel Sopart/Gleitzeitbogen	Hausverfügungen, Rundschreiben
Beurteilungsrichtlinien	Übernahme der Beurteilungen für die Geschäftsbereiche	Beurteilungen der einzelnen Beschäftigten
Rundschreiben Hauptstadtzulage	Rahmenbedingungen neue Software (zum Beispiel Schulungskonzept)	Abordnung, Versetzung, Dienstunfähigkeit
Gesetzliche Regelungen	Umsetzung von gesetzlichen Regelungen zum Beispiel durch Rahmendienstvereinbarungen	Dienst- und Hausverfügungen (soweit PersVG es vorschreibt)
Zuständigkeit für die zentrale Dienstkleidungskammer	Anmeldung der finanziellen Mittel für Dienstkleidung im Rahmen der Haushaltsplanung	Bereitstellung ausreichender Dienstkleidung für die Beschäftigten

75 Jahre DSTG Berlin

Becker würdigt engagierte Interessenvertretung

Die DSTG Berlin hat am 25. September 2024 mit hochrangigen Gästen, unter ihnen Finanzsenator Stefan Evers und Staatssekretärin Tanja Mildenerger, ihr 75-jähriges Bestehen gefeiert. Bei der Festveranstaltung würdigte dbb Landeschef Frank Becker die engagierte Interessenvertretung der DSTG für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesfinanzverwaltung.

Becker unterstrich, dass der unermüdliche Einsatz der DSTG Berlin für bessere Arbeitsbedingungen nicht nur den Beschäftigten, sondern auch dem Berliner Landeshaushalt zugutekomme.

Auch Finanzsenator Stefan Evers hatte zuvor in einem Grußwort die Bedeutung der Finanzverwaltung für Berlin hervorgehoben und würdigte deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als stets verlässliche Partner Berlins.

Angesichts der seit Jahren andauernden massiven Personalprobleme der Finanzverwaltung, die sich bis 2030 aufgrund altersbedingter Abgänge noch verschärfen werden, forderte DSTG-Landeschef Oliver Thies mehr Anstrengungen bei der Personalgewinnung und die Bereitstellung der notwendigen Hilfsmittel, insbesondere einer zuverlässigen IT, um die Funktionsfähigkeit der Steuerverwaltung zu sichern.

Festschrift zum Jubiläum

Zu ihrem Jubiläum hat die DSTG Berlin eine Festschrift herausgegeben, in der unter anderem in Grußworten Gemeinsamkeiten und mit der DSTG Berlin zusammen erzielte Erfolge benannt werden. Dazu Senator Evers: „Gute Gespräche, eine (meist) gemeinsame Sicht auf Probleme, die Bereitschaft zu Veränderung und Innovation in der Steuerverwaltung.“ So könne er sich auch bei der Digitalisierung in den Finanzämtern immer auf Rückenwind der DSTG verlassen.

Auch dbb Landeschef Frank Becker schätzt die offene und regelmäßig zum Nachdenken anregende Diskussion mit dem DSTG-Landesvorsitzenden Oliver Thies, insbesondere zu beamtenpolitischen Themen, ist in der Festschrift zu



© DSTG Berlin (2)

lesen. Besonders dankbar sei er aber auch dem DSTG-Mitglied Martina Riedel, die als stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin nicht nur gemeinsame Anliegen, wie Schulungen für Personalräte und Wahlvorstände, im dbb berlin bearbeitet, sondern hierbei auch stets ihre Expertise aus dem Bereich der „Finanzwelt“ Berlin einbringt. Bei den gemeinsamen Erfolgen hob Becker die beiden letzten Wahlen zur Haupt-Jugend und Auszubildendenvertretung hervor. Ohne die DSTG beziehungsweise die DSTG-Jugend wären diese Erfolge nicht möglich gewesen.

dbb Landeschef Frank Becker würdigte das Engagement der DSTG Berlin.

Geäußert haben sich unter anderem auch ehemalige Finanzsenatoren und verschiedene Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber der DSTG, unter ihnen der Bundesvorsitzende Florian Köbler. Wer mehr wissen will: Die Festschrift steht unter <https://www.dstg-berlin.de/dstg-berlin-wird-75-jahre-festschrift-veroeffentlicht/> zum Download zur Verfügung. ■



Kennen Sie schon „BEAMTEN BASICS“?

Das Beamtenrecht ist wirklich komplex – und die Erläuterungen dazu sind oft wenig erhellend. Für den DBB Verlag war das Grund genug, eine Ratgeberreihe zu starten, die mit kompakten und einfachen Darstellungen, Infokästen und Zusammenfassungen die komplizierten Inhalte aufbereitet und Fachausdrücke verständlich erklärt, ohne es an Gründlichkeit fehlen zu lassen. Kein leichtes Unterfangen, das aber mit dem jetzt vorliegenden Beamten Basics RATGEBER Band 2 zu den Themen „Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV und Pflege“ überzeugend gelungen ist.

Ausgehend vom allgemein geltenden Arbeits- und Sozialrecht stellen die beiden Autoren Andreas Becker und Thilo Hommel, beides ausgewiesene Kenner der Materie, alle wichtigen Fragen zur Gesundheitssicherung mit den Besonderheiten der beamtenrechtlichen Beihilfe vor.

Dank einer breit gefächerten, systematischen Gliederung findet jeder Nutzer sehr schnell Antworten auch auf Einzelfragen, die sich zum Beispiel bei Krankenhausaufenthalten, bei Heilpraktikerbehandlungen, bei Rehamaßnahmen, Psychotherapien oder auch schon bei sehr viel einfacheren Sachverhalten wie Erstattung von Sehhilfen oder zahnärztlichen Behandlungen ergeben.

Beihilfeleistungen im Bereich der Pflege ist in dem Ratgeber ein eigenes ausführliches Unterkapitel gewidmet, das vergleichbar aufgebaut ist und neben den Grundsätzen der Absicherung im Pflegefall auch einen schnellen Zugriff auf Einzelfragen ermöglicht.

Auch die Besonderheiten in den Beihilfeverordnungen aller 16 Bundesländer werden in dem Ratgeber aufgelistet.

Im Anhang finden sich schließlich die einschlägigen Gesetzestexte im Wortlaut. Im Einzelnen sind das



die Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) mit Anhang, das Pflegezeitgesetz (PflgeZG), Bestimmungen aus den maßgeblichen Sozialgesetzbüchern (SGB) sowie aus dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG).

Beamten Basics RATGEBER Band 1

Ebenso empfehlenswert wie der aktuelle Ratgeber ist übrigens der Band 1, der bereits seit 2022 sehr erfolgreich auf dem Markt ist. In ihm werden alle grundsätzliche Fragen des eigenständigen Beamten- und Statusrechts mit dem Besoldungs- und Versorgungsrecht sowie den Grundzügen des Beihilferechts vorgestellt.

Die dbb Ratgeberreihe richtet sich an alle, die einen schnellen Einstieg, Überblick oder auch eine schnelle Antwort auf eine Einzelfrage suchen. Insofern ist sie Beamtenanwärtern und Probebeamten ebenso zu empfehlen wie Beamten und Versorgungsempfängern. Auch wer weniger ein berufliches als ein generelles Interesse an der Thematik hat, ist mit den preiswerten Ratgebern gut bedient.

Nähere Angaben und Bezugsbedingungen im Online-Shop des DBB Verlags:

<https://www.dbbverlag.de/>





Detlev-Rohwedder-Haus

Das Detlev-Rohwedder-Haus

Ein Ort mit wechselvoller Geschichte

Das Detlev-Rohwedder-Haus Ecke Leipziger- und Wilhelmstraße in Berlin, das seit 1999 das Bundesfinanzministerium beherbergt, gehört mit über 2.000 Räumen nicht nur zu Europas größten Bürohäusern, sondern ist auch ein Ort, an dem immer wieder Geschichte geschrieben wurde. Heutiger Namensgeber für das Gebäude, das vorübergehend auch die Treuhand beherbergte, ist deren nach nur achtmonatiger Amtszeit am 1. April 1991 ermordeter Präsident Detlev Rohwedder.

Die Geschichte des Hauses reicht allerdings viel weiter zurück, und zwar bis in die Jahre 1935/1936, als das Naziregime rechtzeitig zur Olympiade in Berlin mit der Fertigstellung des gewaltigen Gebäudes deutliche Zeichen gesetzt hat. Denn schon seine Bestimmung als Reichsluftfahrtministerium war eine Machtdemonstration und ließ keinerlei Zweifel daran, dass der Aufbau einer Luftwaffe unter Luftwaffenchef Hermann Göring energisch vorangetrieben wurde.

Einschüchternde Machtdemonstration

Zugleich war die monumentale Architektur des zur damaligen Zeit größten Verwaltungsgebäudes Deutschlands – allein in der 5.600 Quadratmeter großen Eingangshalle finden sechs Fußballfelder Platz – ganz bewusst auf Einschüchterung ausgerichtet.

Zwei Jahre nach seiner Erbauung am 12. November 1938 wurde das Reichsluftfahrtministerium dann Schauplatz eines besonders dunklen Kapitels der

deutschen Geschichte: In der sogenannten „Vorwahnseekonferenz“ leiteten die Nazis die ersten entscheidenden Schritte der Judenverfolgung ein.

Schlafbunker im 2. Weltkrieg

Während des 2. Weltkriegs wurde das Gebäude „kriegstüchtig“ umgestaltet, mit einem unterirdischen Luftschutzbunker und einer eigenen Wasserversorgung ausgestattet und als Schlafbunker für Kinder genutzt.

Den Bombenhagel der Alliierten auf Berlin und speziell auf die Regierungsbauten in der Wilhelmstraße und Umgebung überstand der Bau vergleichsweise glimpflich. Seine Zerstörungsquote belief sich auf 50 Prozent gegenüber 80 bis 90 Prozent in der übrigen Umgebung. Vermutungen, dass der markante vier- bis siebengeschossige Bürokomplex der alliierten Luftwaffe als Orientierungspunkt gedient hat und deshalb als markantestes Relikt erhalten geblieben ist, sind allerdings nicht bestätigt.

„Haus der Ministerien“

Auch nach Kriegsende war das Haus wiederholt Schauplatz historischer Ereignisse: So wurde hier am 7. Oktober 1949 die Gründung der DDR ausgerufen, die das Gebäude fortan als „Haus der Ministerien“ nutzte. In den gewaltigen Räumlichkeiten waren zeitweise neun Ministerien und eine fast kleinstädtische Infrastruktur untergebracht.

Als sichtbares Zeichen aus dieser Zeit prangt noch heute ein monumentales Wandbild in der Vorhalle an der Leipziger Straße. Der dargestellte Reigen fröhlicher Werktätiger hat die spätere Beseitigung aller sozialistischen Embleme nicht grundlos überlebt.

Im Brennpunkt beim DDR-Volksaufstand

Denn schon bald nach seiner Fertigstellung entpuppte sich das Bild als utopische Wunschvorstellung der Machthaber und als Provokation für die schwer arbeitende Bevölkerung. Deren Frust über die Erhöhung der Arbeitsnormen „zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ entlud sich am Vorabend des 17. Juni 1953 auch an dieser Stelle und weitete sich zu einem Volksaufstand in der gesamten DDR aus. Russische Panzer setzten dem friedlichen Protest von rund 10.000 Menschen auch vor dem Haus der Ministerien ein blutiges Ende. In Gedenken daran heißt die Freifläche vor der Wandbemalung heute „Platz des Volksaufstandes von 1953“.

Die Eingangshalle ist so groß wie sechs Fußballfelder.



© Bundesministerium der Finanzen/Photothek (3)

Die sozialistische Wandbemalung erinnert an den DDR-Volksaufstand von 1953.

dass das Haus oder genauer das Hausdach am 28. Juli 1965 Schlagzeilen machten, weil es zum Ausgangspunkt einer dramatischen Flucht per selbst gebauter Seilbahn in den Westen wurde.

Sitz der Treuhandanstalt

Nach der deutschen Wiedervereinigung zog 1990 für einige Jahre die Treuhandanstalt in das Gebäude ein, die die knapp 8.000 Betriebe der zentral gelenkten DDR-Wirtschaft mit ihren vier Millionen Beschäftigten in die Marktwirtschaft überführen sollte. Das Vorgehen der Treuhandanstalt, die bis Ende 1994 agierte, wird bis heute kontrovers diskutiert, und im Verlauf ihrer Tätigkeit war ihr Sitz in der Leipziger Straße immer wieder Ziel von Demonstrationen gegen Betriebsschließungen.

Drohender Abriss

Für Schlagzeilen sorgte das Haus auch 1992, als es um nicht weniger als seine eigene Existenz ging. Eine Debatte über die immensen Sanierungskosten für den riesigen Bau weitete sich zu einem Streit darüber aus, ob der Erhalt wegen der düsteren Geschichte überhaupt noch sinnvoll sei. Das letzte Wort hatte der Denkmalschutz, sodass im August 1999 im Zuge des Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin das Bundesfinanzministerium Einzug halten konnte.

Virtueller Rundgang im Internet

Vergessen wird mit dieser letzten Umwidmung die wechselvolle Geschichte des Hauses aber nicht. Das Bundesfinanzministerium hat sie vielmehr sorgfältig aufbereitet und bietet unter anderem im Internet unter <https://www.drh360.de/static/drh360/index1.html> einen sehenswerten, virtuellen Rundgang durch das Gebäude an.

Einzelpersonen können sich auch zu einer Führung vor Ort anmelden unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Service/Kontakt/besucherdienst.html>.

Die nächsten Termine sind der 21. November 2024 und der 23. Januar 2025.



© Juri Knopp

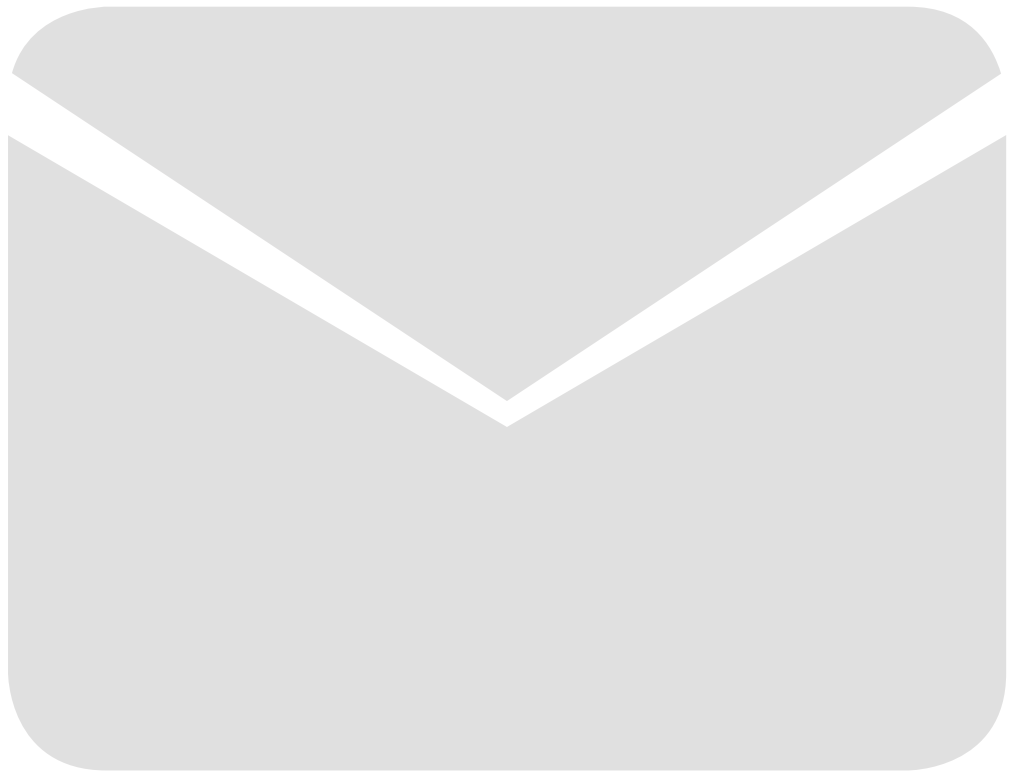
Falschaussage zum Mauerbau

Auch im Vorfeld des Mauerbaus, mit dem das DDR-Regime die Massenflucht seiner Bürger zu unterbinden suchte, spielte das heutige Detlev-Rohwedder-Haus ein viel beachtete Rolle: Denn zwei Monate bevor am 13. August 1961 die Bautrupps anrückten, verkündete DDR-Staatsratschef Walter Ulbricht noch im Haus der Ministerien: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“

Flucht über das Hausdach

Die Mauer, die fast 30 Jahre lang in unmittelbarer Nähe des Gebäudes verlief, sorgte ihrerseits dafür,





Berliner Schulen ausgezeichnet

Gleich zwei Berliner Schulen gehören in diesem Jahr zu den Gewinnern des renommierten Deutschen Schulpreises. Die Friedenauer Gemeinschaftsschule im Bezirk Tempelhof-Schöneberg sowie die Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule im Bezirk Pankow erhielten im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Berliner Tempodrom jeweils einen der sechs Preise. Ausgezeichnet wurden beide Schulen für ihren geübten Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft und für die konsequente Umsetzung der Inklusion.

„Als ausgesprochen vielfältig“ bezeichnete die Jury die Friedenauer Gemeinschaftsschule: „Kinder aus

22 Nationen lernen hier, zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler haben einen diagnostizierten Förderbedarf, acht Kinder eine diagnostizierte Hochbegabung. Die speziellen Begabungskurse wie Philosophieren, Robotik oder Theater stehen allen Kindern offen.“

Bei der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule lobte die Jury insbesondere die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, die bis zu 13 Jahre gemeinsam lernen. „Schulleistungsdaten werden ständig evaluiert und der Unterricht entsprechend angepasst“, so das Lob der Jury. ■

Die Messerangriffe nehmen kein Ende

Wer einen Blick in die aktuellen Meldungen der Berliner Polizei wirft, kommt nicht umhin: Der Messerkriminalität muss endlich Einhalt geboten werden.

Allein zwischen dem 11. und 20. Oktober wurden der Polizei Messerattacken im Hansaviertel, in der Scharnweberstraße, in Kreuzberg und in Lichtenberg

gemeldet. In Lichtenberg wurde ein 14-jähriger Jugendlicher in den Rücken gestochen, und in einem anderen Fall wurde ein Mieter von seinem Nachbarn mit einem Messer angegriffen. Auch in Spandau, in der Charlottenburger Kantstraße, in Gesundbrunnen und in der Karl-Marx-Straße in Friedrichshain wurden Personen mit Stichverletzungen aufgefunden. ■